

Sie haben die Wahl!

EAK-Wahlmonitor zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Dafür steht die Union als Volkspartei der Mitte:



- Für einen klaren und entschiedenen Politikwechsel, der unser Land nach den drei desolaten und verlorenen Jahren der Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP wieder aus der gegenwärtigen Stagnation, Wachstumskrise und gesamtwirtschaftlichen Lähmung herausführt.
- Für einen Aufbruch unserer Wirtschaft, der mit neuer Freiheit wieder die Kräfte und Potentiale weckt, die notwendig sind, um Deutschland wieder an die Spitze zu führen – dort, wo wir als große Industrie- und Innovationsnation hingehören.
- In Verantwortung für unsere Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen treten wir ein für eine Klima-, Umwelt- und Energiepolitik aus einem Guss und mit Herz, Sinn und Verstand. Durch eine vernünftige, realitätsgerechte und zugleich verantwortliche Energie- und Klima Politik, die eine wirklich zukunftsfeste Energiewende herbeiführt, weil sie nicht ideologiegetrieben ist, sondern auf die Funktionsfähigkeit unserer Sozialen Marktwirtschaft setzt: Energie muss wieder bezahlbar und verlässlich sein. Bürokratie muss abgebaut werden. Das Heizungsgesetz der Ampel muss abgeschafft werden: Statt bürokratisches Hineinregieren in den Heizungskeller kommt die Förderung technologieoffener, emissionsarmer Wärmelösungen.
- Für Wohlstand für alle: Durch einen starken und gerechten Sozialstaat, in dem sich Arbeit wieder lohnt und in dem das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder gilt: Mehr Netto vom Brutto für alle, die hart und ehrlich arbeiten und Ersetzung des sogenannten „Bürgergeldes“ durch eine wirklich zielgerichtete neue Grundsicherung. Für die spürbare Entlastung der horrenden staatlichen Abgabenlast: Sowohl bei Bürgern mit mittleren und kleinen Einkommen als auch beim Mittelstand, bei Unternehmen und Leistungsträgern in unserem Land, die bereits jetzt den Großteil der Lasten zu tragen haben, die Arbeitsplätze schaffen und die in überproportionaler und herausragender Weise dafür sorgen, dass die Funktionstüchtigkeit unseres Sozialstaates erhalten bleibt.
- Für gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine verantwortliche, umsichtige, alle Bürgerinnen und Bürger und alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenführende und ausgleichende Politik auf der Basis unseres Verständnisses von gemeinsamer Leitkultur, die auf dem Christlichen Menschenbild und den christlichen Wertgrundlagen fußt.
- Für eine verantwortliche Migrationspolitik mit Maß und Mitte und im Zeichen von Humanität und Ordnung: Z.B. durch die Neujustierung des europäischen Asylrechtes, durch den Stopp der illegalen Migration, durch konsequente Kontrollen und gegebenenfalls auch Zurückweisungen an der deutschen Staatsgrenze, durch beschleunigte Asylverfahren und Zurückführungen, Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, Beendigung aller freiwilligen Aufnahmeprogramme und Aussetzung des Familiennachzuges bei subsidiär Schutzbedürftigen sowie eine angemessene Reform der Sozialleistungen für Asylbewerber, von denen keine zusätzlichen Anreizwirkungen für illegale Migration mehr ausgehen.
- Für einen starken Staat, der innere wie äußere Sicherheit garantiert und eine wehrhafte Demokratie, die sich – ohne Ausnahme – klar und deutlich gegen jede Form von Radikalismus und Extremismus abgrenzt. Für die Durchsetzung von Recht und Ordnung und eine Null-Toleranz-Strategie, die Polizei und Strafverfolgungsbehörden die nötigen Mittel und Befugnisse verschafft, die sie benötigen, um ihre Arbeit zum Wohle unserer inneren Sicherheit machen zu können: Z.B. durch beschleunigte Strafverfahren, durch Ausweitung der Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten und Gefahrenorten und zur Verpflichtung der Internetanbieter zur Speicherung von IP-Adressen. Wir treffen das „Cannabis-Gesetz“ der Ampel wieder ab. Wir treten politisch jeder Form von Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus oder Diskriminierung von Menschen entschieden entgegen.
- Für die besondere Förderung von Ehe, Familie und Kindern und für den Schutz des menschlichen Lebens und seiner unantastbaren Würde vom Anfang bis zum Ende. Wir wollen die Elternrechte stärken und den Kinder- und Jugendschutz: Die Änderung von Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Gutachten, Beratung und gerichtliche Entscheidung (“Selbstbestimmungsgesetz“) lehnen wir grundsätzlich genauso ab wie operative geschlechtsangleichende Eingriffe vor der Volljährigkeit. Auch der Paragraph 218 muss bleiben: Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftskonflikt bildet einen mühsam errungenen Kompromiss, der zur Befriedung dieser Frage seit Jahrzehnten beigetragen hat, weil er sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Frau als auch den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt.



- Wir treten ein für die Bewahrung unserer christlichen Traditionen. Deutschland ist geschichtlich, kulturell und werthemäßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zum Erhalt der christlichen Feiertage, der Sonntagsruhe und des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen. Auf der bewährten Basis des deutschen Religionsverfassungsrechtes fördern wir die bewährte Kooperation von Kirche und Staat und achten die freiheitlichen Selbstbestimmungsrechte von Kirchen und allen anderen Religionsgemeinschaften. Insbesondere der Schutz des jüdischen Lebens in Deutschland liegt uns am Herzen.



- Für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit, Demokratie und universale Menschenrechte sowie eine verantwortliche Entwicklungspolitik. Wir stehen zu den westlichen Werten und den Verpflichtungen unseres westlichen Verteidigungsbündnisses (NATO) und treten für das Existenzrecht Israels ein. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, denn die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit in Europa gegen den völkerrechtswidrigen Aggressor Russland. Wir unterstützen die Ukraine deshalb mit allen erforderlichen diplomatischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie Waffenlieferungen. Die Sanktionen gegen Russland erweitern wir zielgerichtet und engmaschig. Der EU-Beitritt liegt im sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschland und Europas. Wir treten ein für eine starke Europäische Union (EU) und ein freiheitlich-demokratisches Europa, in dem auch Deutschland seinen Beitrag zur notwendigen gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit leistet.

Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen:

- Was im Hinblick auf die fehlende Selbstkritik der SPD angesichts der katastrophalen Regierungsbilanz der Ampelregierung zu sagen ist (s. S. 13), gilt entsprechend auch für Bündnis 90/Die Grünen. Bei den Grünen kommt nur zusätzlich das Narrativ der Schuldzuschreibung an die Vorgängerregierungen noch klarer zum Zuge („Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat, haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet“).
- Weite Teile des Programms lesen sich ansonsten, als ob wir derzeit nicht in einer der größten wirtschaftlichen und sozialen Krisen der deutschen Nachkriegsgeschichte stecken würden. Auch die Grünen haben im Grunde genommen nur Erfolge vorzuweisen und setzen – wie die SPD – stur auf „Weiter-so“ („Wir halten Kurs“). Die enge programmatische Nähe der beiden linken Parteien SPD und Bündnis90/Die Grünen wird im Vergleich beider Programme an vielen Stellen deutlich. Einig ist man sich z.B. im Vorhaben, die Schuldenbremse zu „reformieren“ (d.h.: in der jetzigen Form schlichtweg abzuschaffen!), um weitere Gelder für angebliche Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu haben (z.B. Einrichtung eines „Deutschlandfonds“), sprich: weiter massiv auf die Verschuldung Deutschlands setzen zu können. Auch mit den Grünen feiert insofern der klassisch-linke Staatsdirigismus fröhliche Urständ.
- Der entscheidende Unterschied zur SPD ist nur der ideologisch noch bestimmtere klimapolitische Zungenschlag: Dem obersten Ziel der Erreichung der strengen Klimaschutzziele (bzw. der „Klimagerechtigkeit“) werden im Grunde genommen fast alle übrigen Politikbereiche untergeordnet.
- Die massiven Verwerfungen durch illegale Zuwanderung und anhaltende Migrationskrise, unter denen die Kommunen in Deutschland in die Knie gezwungen werden, finden im sauber durchgegenderten Wohlfühl-Programm der Grünen nur beiläufig und allenfalls am Rande statt. Man muss es klar benennen: Ein grundlegendes Umdenken oder wenigstens pragmatisches Umsteuern ist hier nicht im Entferntesten erkennbar. Die Zeichen stehen weiter einseitig auf „Willkommenskultur“, die Grundbotschaft lautet: „Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist (!) Teil unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke.“ Auch hier wird – jenseits der bedrückenden Realitäten und dem Erstarren der radikalen Ränder – einfach weiter auf „Kurs halten“ gesetzt, denn schließlich gilt das linke Dauer-Credo: „Deutschland ist ein wohlhabendes Land“.
- Im Übrigen finden sich natürlich auch wieder die klassischen Themen und gesellschaftspolitischen Projekte der Grünen: Tempolimit in den Kommunen (30 km/h) und auf den Autobahnen (130 km/h), „fairere Erbschaftssteuer“, „nationale Vermögenssteuer“ (im Gegensatz zur SPD hier mit zwei ‚s‘ geschrieben), „globale Milliardärssteuer“, „Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit“, „Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit“, Bekämpfung von „Antiziganismus“, „Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen (...) außerhalb des Strafrechtes“ (§ 218) und zu guter Letzt: „Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen“!

Dafür steht die SPD:

- Die von der SPD geführte Ampelregierung ist auf ganzer Linie gescheitert. Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten (mit dem bezeichnenden Titel „Mehr für Dich“!) zieht daraus jedoch keinerlei selbstkritische Schlüsse, sondern macht einfach ungerührt so weiter wie bisher.
- Angriff nach vorn lautet die Parole. Auserkorener Hauptgegner ist dabei offensichtlich die Union, die die SPD mit zum Teil unlauteren Mitteln und diffamierenden persönlichen Attacken auf Kanzlerkandidat Friedrich Merz frontal angreift. Frei nach dem Motto: Was kümmert uns als SPD, dass wir gerade eine „Vereinbarung zu einem fairen Bundestagswahlkampf“ unterschrieben haben? Da fragt eine Manuela Schwesig beispielsweise auf dem Parteitag vom 11. Januar dieses Jahres: „Wer soll unser Land führen? (...) Wer kann verbinden und Kompromisse schmieden, Scholz oder Merz – Brückenbauer oder Spalter?“ Und im SPD-Wahlprogramm werden – schwarz auf weiß und zutiefst wahrheitswidrig – „fake news“ über die Programmatik von CDU und CSU verbreitet. „Sie (sc. CDU/CSU, C.M.) macht deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich gegen die moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und Chancengerechtigkeit basiert“ (S. 51). Das ist schon ziemlich böseartig und man kann nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler das am 23. Februar an der Wahlurne auch als das durchschauen, was es ist, nämlich der letzte verzweifelte Versuch, sich, trotz unterirdischer Politikbilanz und dramatischer Umfragewerte, doch noch politisch an der Macht zu halten! Wer jedoch wie die SPD in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie nicht imstande ist, Deutschland gut zu regieren, dem fällt wohl nichts weiter ein, als in dieser unsachlichen und herabwürdigenden Art und Weise mit dem politischen Haupt-Konkurrenten und Mitbewerber umzugehen. Besonders unglaublich, wenn dieselbe SPD gleichzeitig nicht müde wird, immer wieder stolz ihren ununterbrochenen Kampf gegen „Fake News, Hass und Hetze“ (S. 38) zu betonen.
- Die Wahlkampfstrategie der SPD fußt auf den folgenden wesentlichen Elementen: Diffamierungen und schmutzige Attacken gegen die Person des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, das Schüren von sozialen Abstiegsängsten (Sozialabbau und „Rentenkürzungen“) in Verbindung mit den immergleichen, leeren und von ihr selbst komplett uneingelösten Wohlfahrtsversprechungen und die Fortführung des klassischen SPD-Schlingerkurses in der Verteidigungspolitik und bei der notorisch halbherzigen Unterstützung der Ukraine gegen Russland, die noch als friedenspolitische Besonnenheit verbrämt wird (Olaf Scholz: „Vorsicht an der Bahnsteigkante“!).
- Das Wahlprogramm der SPD kann man von seiner inhaltlichen Substanz her recht kurz zusammenfassen: An der Pleitebilanz der Ampelregierung ist die SPD, der eigenen Lesart zufolge, nicht im Geringsten selbst schuld, sondern immer nur andere – andere Parteien, die FDP oder die Opposition, oder eben die allgemeine krisenvolle Weltlage. „Mehr für Dich“ heißt im Grunde genommen „Mehr von allem und für alle“! Das SPD-Programm ist ein einziges Füllhorn an wunderbarsten Sozialstaatsversprechungen und -verheißungen: „Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden“, „den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken“, „Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule (...) gelingt“, „Modernisierung unserer Infrastruktur“, „guten Lohn für alle“, „bezahlbare Lebensmittelpreise“, „eine stabile Rente für alle Generationen“, ein „Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert“, „Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln“, „15 Euro Mindestlohn“, „Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent“ und die „Kaufkraft der Menschen“ stärken.
- Da nichts von all dem, was zum Großteil schon 2021 im alten Wahlprogramm stand, von der SPD seitdem auch nur ansatzweise umgesetzt worden ist, und das bei einem gegenwärtigen Höchststand sowohl an Sozialausgaben als auch Neuverschuldungen („Sondervermögen“), laufen diese sozialpolitischen Traumschlösser in Wirklichkeit nur auf eines hinaus, nämlich noch mehr Staatsverschuldung (Abschaffung der Schuldenbremse, ein neuer sog. „Deutschlandfonds“ für die notwendigen Zukunftsinvestitionen, etc.) noch mehr Abgaben und Steuern („der Solidaritätszuschlag hat sich bewährt“, „Die Erbschaft- und Schenkungssteuer“ in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht“, Revitalisierung der „Vermögensteuer“, etc.), noch mehr Bürokratie und Auflagen, noch mehr Umverteilung und noch mehr Lasten und ungedeckte Checks für die kommenden Generationen.
- Schließlich will die SPD „Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie“ sowie das „Demokratiefördergesetz“ etablieren, „Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren (...) und zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen“ und die „feministische Außen- und Entwicklungspolitik“ fortführen.

Dafür steht die FDP:

- Falls es die FDP wieder in den Bundestag und obendrein wieder zu hinreichender politischer Stärke finden sollte (was derzeit noch mehr als fragwürdig erscheint), wäre sie – aus der rein reform- und wirtschaftspolitischen Perspektive heraus – natürlich nah bei der Union.
- Wirtschafts- und finanzpolitisch steht die FDP nah beim Programm der Union: Bürokratieabbau („sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie“, „Bürokratiebremse im Grundgesetz“, Abschaffung „bürokratischer EU-Rechtsakte in Brüssel“), „Ein Steuersystem, das Leistung und Investition belohnt“ („Der Spitzensteuersatz darf künftig nur noch von Menschen gezahlt werden, die auch wirklich spitzenmäßig verdienen und nicht schon von der Mitte der Gesellschaft“, „den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen“), „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Familienunternehmen entlasten“, „Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent“, Senkung der Körperschaftssteuer, Vermeidung von Doppelbesteuerungen und „Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse“ als „zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit“, „keine Schulden auf europäischer Ebene“, „weniger Subventionen und mehr Markt“.
- Auch energiepolitisch ist die Nähe zur Union unverkennbar: „Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe“, Ausbau der heimischen Erdgasförderung, Ja zum Fracking-Verfahren, Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und Kernkraftwerke der neuen Generation („Dual-Fluid-Reaktoren“, „Thorium-Flüssigsalzreaktoren“, „Small Modular Reactors“) und „Freiheit im Heizungskeller: CO₂-frei, aber bezahlbar“.
- Bei sehr vielen gesellschaftspolitischen und familienpolitischen, aber auch religionspolitischen und ethischen Themen tun sich allerdings zum Teil gewaltige Gräben zwischen CDU und CSU und der FDP auf. Die FDP will das bisherige „Staatskirchenrecht“ zu einem „Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln“, als „gleiche rechtliche Basis für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen“ – was immer das eigentlich heißen soll! Dies ist übrigens der einzige Passus im gesamten Programmentwurf, in dem das Wort „Kirche“ überhaupt vorkommt. Die FDP bleibt des Weiteren bei ihrem Ziel aus der Zeit der Ampelkoalition, „die Staatsleistungen abzulösen“.
- Die FDP fordert ein „modernes Fortpflanzungsmedizin-gesetz“, „Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist“, die gesetzliche Verankerung der sogenannten „Verantwortungsgemeinschaft“ im Familienrecht und „Scheidungstermine auch per gerichtlicher Videokonferenz“!
- Die FDP will die „Organspendezahlen steigern“, allerdings ohne zu präzisieren, wie sie sich das politisch vorstellt. Völlig wage bleibt sie mit der Zusatzformulierung, dass die „körperliche Selbstbestimmung ein zentraler Aspekt einer liberalen Gesellschaft“ sei. Man hat das mulmige Gefühl: Die äußerst kontroverse „Widerspruchslösung“ wird nicht erwähnt. Im Hinblick auf die Selbstbestimmung am Ende des Lebens heißt es: „Wir stehen fest zum Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Sterbehilfe rechtssicher in Anspruch zu nehmen. Zugleich muss der Staat jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen. Die Suizidprävention wollen wir deshalb spürbar ausbauen.“
- Sonstiges: Ablehnung von Vorratsdatenspeicherung, Netz-sperren, Chatkontrollen und Uploadfiltern bei der Kriminalitätsbekämpfung, Einführung eines „flexiblen Renteneintrittes“, Ablehnung einer „Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich“, „flexible Arbeitszeitmodelle“, „LSBTI-feindliche Hasskriminalität bundesweit einheitlich erfassen und verfolgen“, Artikel 3 GG soll „um die sexuelle Identität“ ergänzt werden, „Verschlan- kung der gesamten Behördenlandschaft“, Einrichtung eines „Bundesministeriums für Digitalisierung“, „Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots“, „Corona-Maßnahmen kritisch aufarbeiten“, Ablehnung der „Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht“ (stattdessen „professionelle Freiwilligenarmee“) und „unverzögliche Lieferung des Marschflugkörper (sic!) Taurus“.

Dafür steht das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW):

- Mit dieser (neben der AfD) ebenfalls ausgesprochen Putin freundlichen Partei ist ein Bündnis auf Bundesebene schon wegen der unüberbrückbaren Gegensätze in der Verteidigungs-, Europa- und Bündnispolitik unvorstellbar. Die Wagenknecht-Partei bedient ein Sammelsurium an z.T. völlig heterogenen, dafür aber populistisch sehr gut ausschaltbaren Positionen Positionen:
- Das massive Schüren von Ängsten in Bezug auf einen Dritten Weltkrieg mit Russland („Kein Steuergeld mehr für den Krieg“, keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, keine EU-Mitgliedschaft für die Ukraine und auch ein genereller EU- Erweiterungsstopp, „Friedens-verhandlungen“ mit Russland), Aufarbeitung des „Corona-Unrechts“, „15-Euro-Mindestlohn“, Besteuerung von Einkommen aus Kapitalerträgen, Vermögenssteuer, „Mindestrente von 1500 Euro“, „Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege“, „Mieterhöhungsstopp bis 2030“ und „Kurswechsel in der Migrationspolitik“ („Die unkontrollierte Migration muss gestoppt werden“).

Dafür steht die AfD:

- Die AfD, die vom Verfassungsschutz in Teilen als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird, und die mittlerweile auch in ihren Forderungen, ihrem Auftreten und ihrer Gesamtonalität aus ihrer völkisch-rechtsradikalen, rassistischen und offen menschenverachtenden Ideologie keinen Hehl mehr macht, profitiert immer mehr von den Krisen unserer Zeit. Hierin besteht die größte Gefahr.
- Wenn man sich die Parteitage von der SPD auf der linken als auch von der AfD auf der rechten Seite angehört hat, die sich beide radikal und einseitig gegen die Union von CDU und CSU positioniert haben, dann muss jetzt spätestens klar werden, warum es für Deutschlands Zukunft existenziell ist, dass die vernünftige und breite bürgerliche Mitte erhalten bleiben muss. Die Kanzlerkandidatin der AfD, Alice Weidel, hielt eine hetzerische und hasserfüllte Rede, die an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte erinnert. Diese Rede belegt auch einmal mehr, mit welchem abgrundtiefen Hass die AfD die Union bekämpft, ja regelrecht vernichten will¹. Der Spitzensatz Weidels in Riesa (Sachsen) in Richtung von CDU und CSU, der mit „standing ovations“ und frenetischem Applaus bedacht wurde: „Fluten Sie die Wahlurnen und macht uns zur stärksten Kraft! Lasst uns die CDU, diese Betrügerpartei, überholen!“

Die AfD positioniert sich aktuell wie folgt:

- **Staat und Recht:** Volksabstimmungen nach Schweizer Modell („uneingeschränkte Volkssouveränität“), grundsätzliche Reform des Verfassungsschutzes („Der behördlich organisierte Verfassungsschutz ist zum Regierungsschutz degeneriert“), „Entpolitisierung der Justiz“ („Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden“).
- **Europa, Außen- und Verteidigungspolitik:** Ablehnung der Osterweiterung der EU sowie der NATO, Infragestellung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands („Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO (...) zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie“), Austritt Deutschlands aus der EU und Abschaffung der jetzigen EU/Ersetzung durch einen „Staatenbund“, „Austritt Deutschlands aus dem Euro-System“, Offenheit für eine Beteiligung

Deutschlands am Projekt „Neue Seidenstraße“ Chinas, „Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland“, „die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland“ sowie die „Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen“.

- **Religionsverfassungsrecht:** Keine Verleihung des Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechtes an islamische Organisationen, sowie Abschaffung der islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten und Ablehnung des Islamunterrichtes an den staatlichen Schulen
- **Asyl- und Migrationspolitik:** Unter der verhetzenden Überschrift „Asylparadies Deutschland schließen“ werden u.a. die „Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt“ sowie die Abschaffung des Kirchenasyls und „Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des (...) BAMF mit den Kirchen“ gefordert.
- **Sonstiges:** Ein Änderungsantrag, der im Zusammenhang mit dem Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Art. 1 der UN-Charta) die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und den Krieg Russlands klar benennen wollte (Vgl. WP-40 zu Zeile 1642: „...verstößt gegen diese Prinzipien und missachtet bei seiner Durchführung seit drei Jahren viele Regeln des Kriegsvölkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung...“), wurde auf dem AfD-Parteitag vom 11. Januar abgelehnt. „Corona“ soll weiter aufgearbeitet werden („Die im Zusammenhang mit der Corona-Krise geänderten Gesetze und Richtlinien sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.“), der vom Menschen verursachte Klimawandel wird geleugnet („Der angeblich wissenschaftliche Konsens des ‚menschengemachten Klimawandels‘ war schon bisher politisch konstruiert“) und es wird der Ausstieg Deutschlands aus dem Pariser Klimaabkommen gefordert.

¹ Vgl. Maximilian Krah, AfD-Spitzenkandidat für die zurückliegende Europawahl 2024 und damaliges Mitglied im AfD-Bundesvorstand, der die Union als „Hauptfeind“ betitelte, „von dessen Zerschlagung seine Partei erheblich profitieren würde“. Krah erklärte: „Die politische Rechte kommt nur dann zum Erfolg, wenn die Christdemokraten verschwinden“ (Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger).

**Am 23. Februar
wählen gehen**

**BEIDE
STIMMEN
FÜR DIE
UNION**